

Regionalisierung als Fundament zukunftsfähiger Globalisierung

Wir leben in einer Zeit, in der alle Lebensbereiche unter den Einfluss einer pseudo-ökonomischen Denkschule geraten sind, einer Denkschule, die sich auf eine dem privatwirtschaftlichen Eigennutz verpflichtete Wirtschaftsdoktrin gründet. Neben der wirtschaftlichen Sphäre sind auch die Wirtschaftswissenschaften, die Politik und die öffentliche Meinung betroffen. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gezielter Indoktrination der Profiteure und Verfechter dieser Doktrin, die auf »liberalisierten« globalen Märkten ihrem eigennützigen Expansions- und Gewinnstreben nachgehen.

Wer heute versucht, vernünftig und zukunftsorientiert über Wirtschaft zu reden, läuft Gefahr missverstanden zu werden, weil die wesentlichen wirtschaftlichen Begriffe ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt sind. Die marktwirtschaftliche Ordnung wird bereits überwiegend als ein Zustand der absichtsvollen Regellosigkeit missverstanden, in der die politische Gestaltung durch angebliche Wohltaten ersetzt wird, die sich aus dem beliebigen Wechselspiel von Angebot und Nachfrage ergeben. Mit dem Begriff Wettbewerb wird eine falsch verstandene Freiheit der wirtschaftlichen Akteure assoziiert, die sich trügerisch auf Fortschritt, Wohlstand und Wohlfahrt beruft und es zulässt, dass sich die Akteure mit Dumpingpreisen gegenseitig vom Markt verdrängen, bis ein monopolartiger Endzustand die Schlacht beendet. Auf den Sport übertragen, könnten sich nach diesem Verständnis auch Hundertmeterläufer gegenseitig von der Laufbahn drängen und ins Krankenhaus befördern, bis einer als Sieger übrig bliebe und sich seiner Konkurrenten für immer entledigt hätte.

Da wundert es nicht, dass der Begriff Liberalisierung, obwohl absichtsvoll auf das Ziel wirtschaftlicher Anarchie gerichtet, durch die geschickte Anspielung auf die bürgerlichen Freiheiten positiv besetzt ist. Ganz anders der Begriff Protektionismus, der nun als negativ besetzter Kampfbegriff auch auf sinnvolle Protektion angewendet wird, also auf Schutzmaßnahmen wie Zölle und Handelskontingente, die ihrer ursprünglichen Bedeutung nach immer dann angezeigt sind, wenn Wirtschaftsräume sich gegen feindlich-zerstörerisches Eindringen in ihre soziale und ökologische Sphäre zur Wehr setzen müssen.

Neuerdings versuchen die neoliberalen Protagonisten sogar, den Begriff Kapitalismus in zynischer Verfremdung für sich zu vereinnahmen. Damit hoffen sie, zwei Fliegen mit einer Klappe zu erschlagen: erstens einen unliebsamen linken Kampfbegriff zu neutralisieren und zweitens die kapitalistische Ungleichverteilung, für die sie verantwortlich sind, zum naturgesetzlichen Normalfall zu erklären.

Als zentrale Ursache der Verheerungen, die seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von der neoliberalen Doktrin zunehmend verursacht werden, lässt sich unschwer die »Liberalisierung« der Märkte erkennen. Diese begann mit den Finanzmärkten und wurde mit der »Liberalisierung« der Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte fortgesetzt. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise markiert zwar einen einsamen Höhepunkt an zerstörerischer Wirkung, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine eskalierende Dauerkrise erleben, die aus dem Zusammenwirken *aller* »liberalisierten« Märkte resultiert. Die von der neoliberalen Doktrin verursachten Verheerungen sowohl der Finanzmarktkrise und ihrer realwirtschaftlichen Auswirkungen als auch der Dauerkrise gipfeln in Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung.

Es ist einer der »Erfolge« der Indoktrination, dass die »Liberalisierung« in der öffentlichen Wahrnehmung als Ursache der genannten Krisen ausgeblendet wird. Das hat zur Folge, dass die ihrer Berechtigung und Wirksamkeit weitgehend beraubte nationale Wirtschaftspolitik mit

der ihr verbleibenden Kraft nur die Krisensymptome halbherzig und bei zunehmender öffentlicher Armut ungenügend bekämpft.

Für die gebotene Zukunftsfähigkeit ist es jedoch unerlässlich, dass die Wirtschaftspolitik auf die Bekämpfung der zentralen Ursache gerichtet wird. Das setzt wirtschaftspolitische Autonomie voraus, die nur aus demokratischer Legitimation im regionalen Umfeld von unten erwachsen kann, logischerweise jedoch nicht aus internationalem Konsens angesichts der widerstreitenden Interessen, mit denen sich wirtschaftlich konkurrierende Länder auf den in Anarchie versinkenden globalen Märkten begegnen.

Wenn autonome Wirtschaftsräume als Fundament zukunftsfähiger Globalisierung unabdingbar sind, dann bedarf es zur praktischen Überwindung der neoliberalen Doktrin zunächst einer Rückbesinnung auf die eigentliche Bedeutung *freier Marktwirtschaft* sowie einer Rückbesinnung auf das erprobte Zusammenwirken von Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten. Im Mittelpunkt dieser Rückbesinnung muss das Recht aller Bürger auf selbstbestimmte Teilnahme und existenzsichernde Teilhabe am Wirtschaftsleben stehen, kurz gesagt: das Recht auf Arbeit, das sich in Vollbeschäftigung konkretisiert. Ein auf Vollbeschäftigung aufbauendes wirtschaftliches Gleichgewicht bedarf regionaler Wirtschaftskreisläufe, regionaler Wertschöpfung und der unmittelbaren Verantwortung aller Akteure für gesellschaftliche Wohlfahrt und ökologische Nachhaltigkeit.

Nur autonome Wirtschaftsräume sind in der Lage, ihre Binnenwirtschaft als freie Marktwirtschaft zu regeln und zugleich ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen untereinander gleichberechtigt und ohne Erpressungen vertraglich zu vereinbaren. *Freie Marktwirtschaft* im Innern bedeutet, dass die Akteure ihre wirtschaftlichen Ressourcen unter einer Rahmenordnung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit frei zuordnen können und mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten dann sowohl in betriebswirtschaftlicher als auch volkswirtschaftlicher Rechnung soziale und ökologische Erträge erwirtschaften. Zu betonen ist, dass freie Marktwirtschaft, in diesem Sinne geregelt, frei von staatlichem Dirigismus ist. Da freie Marktwirtschaft über die Grenzen autonomer Wirtschaftsräume hinweg per definitionem nicht möglich ist, können sich weitere Erträge nur aus Handelsvereinbarungen ergeben, die in gegenseitig respektierter Autonomie entstehen und somit nicht gegen die beteiligten Binnenwirtschaften gerichtet sind, sondern deren interne Erträge optimieren.

Globalwirtschaftlich auf den Punkt gebracht heißt das: Das Fundament zukunftsfähiger Globalisierung muss sich auf autonome regionale Wirtschaftsräume gründen, die den Prozess der Globalisierung tragen, vorantreiben und im gleichberechtigten Austausch miteinander Vorteile daraus ziehen.